



Pressemitteilung

Der Bürgerhaushalt muss auf den Prüfstand

Ansprechpartner/-in **Gf. Ulrich Wecker**
Telefon **0711 21048-22**
Telefax **0711 21048-68**
E-Mail **u.wecker@hausundgrund-stuttgart.de**
Unser Zeichen **1/uw**
Datum **06. Mai 2019**

Pressemitteilung

Haus & Grund fordert: „Der Bürgerhaushalt muss ernsthaft auf den Prüfstand“

Auf den ersten Blick scheint die Idee eines Bürgerhaushaltes Charme zu besitzen. Bei genauerer Betrachtung kommt man allerdings zu einem anderen Ergebnis: „Dann wird dieser sogenannte Bürgerhaushalt der Landeshauptstadt als jene teure Mogelpackung erkennbar, die er tatsächlich ist“, kritisiert Dr. Klaus Lang, der Vorsitzende von Haus & Grund Stuttgart, nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens das Konstrukt. „Nun zeigen sich einmal mehr die Konstruktionsfehler dieses kommunalpolitischen Instrumentes zur vorgeblichen politischen Beteiligung der Bürgerschaft“, sagte Dr. Lang: „Hier wird Basisdemokratie vorgetäuscht. Tatsächlich handelt es sich nicht um repräsentative Willensbekundungen der Bürgerschaft. Aus anderen Städten weiß man, dass sich vornehmlich ‚gebildete Bürger‘ beteiligen und dass es nicht gelingt, nicht-organisierte, bildungsfernere Schichten einzubinden.“

Der hohe Prozentsatz der Beteiligung über das Internetportal (97%) sei ein Indiz dafür, „dass der ältere, weniger Internet-affine Bevölkerungsteil gegenüber den Jüngeren deutlich unterrepräsentiert ist“, so Dr. Lang. Hinzu komme, „dass hyperaktive Bevölkerungsteile, sogenannte ‚Berufsbürger‘, die genau wissen, wie man Fördergelder abgreift, häufig Eigeninteressen und nicht das Gemeinwohl verfolgen.“ Das heißt: „Die Ergebnisse des sog. Bürgerhaushalts sollen den Eindruck erwecken, dies sei der allgemeine Bürgerwille. Tatsächlich weisen sie jedoch keinerlei Repräsentativität auf“, betont Dr. Lang.

Der Bürgerhaushalt ist nur Scheinbeteiligung

„Wenn man es für grundsätzlich gut hält, in der repräsentativen Demokratie auch andere Formen der Mitbestimmung zu etablieren, dann wird dieses Ziel beim Bürgerhaushalt verfehlt, wie sich auch an der massiven Abnahme der Beteiligung zeigt, die in der sechsten Auflage des Bürgerhaushaltes von zuvor 51.875 auf nur noch 40.620 Mitwirkende, also um mehr als 20% gesunken ist. Statt demokratischer Mitwirkung wird tatsächlich nur die Politikverdrossenheit gefördert.“

Im übrigen sei erneut sichtbar geworden, „dass diejenigen, die am lautesten schreien, und sich wirkungsvoll in Szene setzen, es am weitesten nach vorne schaffen“, so Dr. Lang. Wer vor Ort geschickt genug sei, hinter sich Organisationen oder Vereine zu sammeln, der lande auch oben: „Der Bürgerhaushalt stimuliert Partikularinteressen, auch wenn jetzt erstmals vermehrt gesamtstädtisch wichtige Themen aufgetaucht sind.“ Exemplarisch sichtbar sei dies an den vier ersten Plätzen: „Und geradezu absurd ist es, dass mit der Forderung nach einer surfbaren Neckarwelle ein Spaßprojekt am Nordrand der Stadt auf den Spitzenplatz gestürmt ist. Und dies, obwohl dem Projekt während der Beteiligungsphase aus Sicherheitsgründen eine Absage erteilt werden musste.“

Zu den Absurditäten des aktuellen Bürgerhaushaltes zählt Ulrich Wecker, der Geschäftsführer von Haus & Grund Stuttgart, auch, „dass es eine Initiative zur Verhinderung von Bauen auf den zweiten Platz geschafft hat“. Bei der Initiative zur Bernsteinwiese in Heumaden gehe es zwar um einen Schulneubau: „Doch auch hier zeigt sich der Abwehrreflex gegen jegliches Bauen auf der Grünen Wiese. So spiegelt der Bürgerhaushalt nicht einmal ansatzweise, was auch in sozialer Hinsicht das drängendste kommunalpolitische Problem unserer Zeit ist: die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten“, erklärt Wecker, „und dann schafft es die Forderung nach ‚Bezahlbarem Wohnraum für Familien‘ gerade mal auf den Listenplatz Nummer 63! Das zeigt, welche Unwucht dieses Instrument hat. Es ist völlig untauglich hinsichtlich tatsächlicher und dringender Notwendigkeiten für die Stadtgesellschaft. Da, wo es wirklich brennt, da liefert dieser Bürgerhaushalt rein gar nichts“, bringt Wecker die Sache auf den Punkt.

Den Gemeinderat nicht aus der Verantwortung entlassen

Zusätzlich ärgerlich findet Dr. Lang diesen Befund, „weil beim Bürgerhaushalt Kosten und Ertrag nicht nur hinsichtlich des Erkenntnisgewinns in einem auffälligen Missverhältnis stehen“. Zum einen gehe es um 160 000 Euro, die im Haushalt laut Aussage der Stadt für die Bereitstellung der Online-Plattform und für die Öffentlichkeitsarbeit eingestellt sind. „Viel stärker ins Gewicht fällt der hohe Verwaltungsaufwand, mit dem der Bürgerhaushalt verbunden ist. Dies trifft in erster Linie die federführende Stadtkämmerei, die für Vorbereitung, Information und Bewertung sowie für die Vorlage für den Gemeinderat und für die Evaluation zuständig ist“, führt Dr. Lang an. Zudem seien die Bezirksverwaltungen und die Bezirksbeiräte durch die Thematik mehrfach gefordert. „Und weil alle 130 Vorschläge eine Stellungnahme der entsprechenden Fachämter bekommen, scheint zeitweilig der halbe Apparat durch den Bürgerhaushalt in Beschlag genommen“, stellt Dr. Lang fest. Und nicht einmal die Verwaltung sehe sich in der Lage, den tatsächlichen Personaleinsatz und dessen Kosten zu beziffern. Dies wäre aber „zwingend notwendig“, so Dr. Lang, denn dann „würde endlich sichtbar, was für eine kostspielige Scheinbeteiligung mit dem Bürgerhaushalt in Szene gesetzt wird“.

„Problematisch ist im übrigen auch, wie durch den Bürgerhaushalt der gewählte Gemeinderat unter Druck gesetzt wird. Das Verfahren erzeugt populistische Stimmungen, denen sich die Mandatsträger nur schwer entziehen können“, unterstreicht Ulrich Wecker. So wachse die Gefahr, „dass der Gemeinderat in Teilen seiner Verantwortung entsagt. Diese aber muss unteilbar beim Stadtparlament bleiben“.

„Aufgrund all dieser kritischen Punkte fordert Haus & Grund die Verwaltung und den Gemeinderat dazu auf, ernsthaft darüber nachzudenken, ob der Bürgerhaushalt weiter Sinn macht“, betont Dr. Lang. „Vielleicht“, so der Vereinsvorsitzende, „sollte man dem Beispiel von Frankfurt folgen, das sich schon länger von diesem untauglichen Instrument verabschiedet hat“.

Dazu stellt Geschäftsführer Wecker klar: „Das ist keine Relativierung von Bürgerbeteiligung. Es ist nur höchste Zeit, dass man sich in der Sache ehrlich macht. Und die Gemeindeordnung hält genügend wirkungsvolle Möglichkeiten der qualifizierten Beteiligung bereit: vom Einwohnerantrag bis zu hin zum Bürgerentscheid. Und nicht zu vergessen die Bezirksbeiräte, die als *die* Experten vor Ort die eigentlichen Transmissionsriemen für lokale Anliegen sind.“

Gez.: U. Wecker
Geschäftsführer Haus & Grund Stuttgart

Haus & Grund Stuttgart in Kürze

Der 1902 gegründete Stuttgarter Haus- und Grundbesitzerverein vertritt mit Nachdruck die Interessen privater Haus- und Wohnungseigentümer, Vermieter und künftig Kauf- und Bauwilliger gegenüber der Stadtverwaltung, dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit. Haus & Grund ist wirtschaftlich und politisch völlig unabhängig. Die fast 22.000 Mitglieder sind Eigennutzer oder Vermieter und verfügen über rund 100.000 Immobilieneinheiten, davon 70.000 in der Landeshauptstadt. Die 50 Mitarbeiter starke Geschäftsstelle in der Gerokstraße 3 erbringt für die Mitglieder telefonische und persönliche Rechtsberatung sowie steuerliche, bautechnische und energetische Beratung sowie weitere Dienst- und Beratungsleistungen rund um die Immobilie. Der zum Verein gehörende Verlag für Hausbesitzer GmbH publiziert die monatlich erscheinende Fachzeitschrift Haus & Grund Württemberg mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren. Mit weiteren Tochtergesellschaften wird Mitgliedern, aber auch Außenstehenden, die Miethaus-Verwaltung ihrer Objekte sowie Betriebskostenabrechnungen und Verkaufsunterstützung sowie Vermietung angeboten. Die Verwaltungs-GmbH bewirtschaftet derzeit rund 3.500 Einheiten. Vereinsvorsitzender ist Dr. Klaus Lang, ehemaliger Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Geschäftsführer ist Ulrich Wecker.